

Gastkolumne

Wir machen uns gerne Illusionen über Experten

Krisenpolitik braucht zwingend Expertise, sollte sich aber nie nur auf sie allein stützen. Die Medien spielen da eine wichtige Rolle



Caspar Hirschi

In Krisenzeiten haben Experten Hochkonjunktur. Forscher, für deren Arbeit sich zuvor kaum jemand interessiert hat, stehen plötzlich im Rampenlicht. Je unerwarteter die Krise hereinbricht, desto höher sind die Erwartungen an sie. Ihr Spezialwissen soll sie befähigen, in kürzester Zeit Lagebeurteilungen, Ursachenanalysen und Lösungsvorschläge vorzulegen. Darin liegt gleichzeitig eine Ermächtigung und eine Überforderung: Experten werden aus der Beschaulichkeit ihrer Wissensscholle katapultiert, aber erhalten die Interpretationshoheit über das Krisengeschehen. Sie geben der Krise ein Gesicht und werden zugleich zum Gesicht der Krise. Dass sie damit auch Diskussionen auslösen, ist unvermeidlich.

Diskussionen über Expertenaussagen erfüllen in Krisenzeiten eine wichtige Funktion: Sie sorgen dafür, dass die demokratische Debatte über das Für und Wider von schwerwiegenden Entscheiden nicht zum Erliegen kommt. Werden Expertenaussagen nicht diskutiert, verwandeln sie sich rasch in politische Imperative, die Regierungen und die Öffentlichkeit zu entmündigen drohen.

Ein Beispiel dafür sind die Schulschliessungen in diesem Frühjahr. Ob es angebracht ist, das Recht auf Bildung von jungen Menschen zu beschneiden, um die Ausbreitung

des Virus zu bremsen, kann weder ein Virologe beantworten, der gerade einen Artikel über die Spanische Grippe gelesen hat, noch eine Pädagogin, die sich mit Kindern aus bildungsfernen Familien beschäftigt, und schon gar nicht ein Epidemiologe, der die Anzahl verhinderter Todesfälle durch Schulschliessungen hochrechnet, ohne zu wissen, welche Ansteckungsgefahr von Kindern ausgeht. Das Für und Wider von Schulschliessungen war in erster Linie eine Ermessensfrage, für deren Beantwortung verschiedene Güter und Risiken unter hoher Ungewissheit gegeneinander abzuwägen waren. Sie war damit hochpolitisch und hätte je nach Bewertung zu anderen Entscheiden führen müssen.

Die meisten Medien jedoch präsentierten die Ermessensfrage unter Berufung auf Experten als wissenschaftlichen Sachzwang und erzeugten damit einen öffentlichen Druck, dem keine Regierung standhalten konnte. Diese Konformität wirft kein gutes Licht auf die Krisenresistenz heutiger Demokratien - auch nicht im Fall Schwedens, das als einziges europäisches Land die Schulen offen liess: Dort nämlich waren es ironischerweise nicht die gewählten Regierungspolitiker, sondern die Experten der Gesundheitsbehörde, die den Entscheid herbeiführten.

Eine Diskussion über Aussagen von Experten kann die Demokratie aber nur stärken, wenn sie auf einem realitätsgerechten Bild von deren Tätigkeit beruht. Daran hapert es seit langem. Die Wissenschaftsforscherin Sheila Jasanoff hat schon 2003 konstatiert, die öffentlichen Vorstellungen über Experten seien «unkritisch und theoretisch uninformativ», geprägt vom schablonenhaften Gegensatz eines «elitistischen» und eines



Es gibt zu jedem Expertenrat vernünftige Alternativen, und es gibt stets Spielraum für eine informierte Diskussion.

«relativistischen» Zerrbildes. Das elitistische erhebe Experten zu Besitzern überlegenen Wissens, dem Entscheidungsträger zu folgen hätten, das relativistische degradiere sie zu blossen Meinungsvertretern, die Politiker in ihrer Voreingenommenheit bestätigen würden. Das Problem, das Jasanoff beschreibt, hat sich bis heute verschärft. Das elitistische Bild steigerte sich zur technokratischen Illusion, Experten seien die besseren Krisenpolitiker, das relativistische Bild zur populistischen Illusion, das Volk wisse sich ohne Experten am besten zu helfen.

Die Crux ist, dass sich beide Seiten in ihren Illusionen bestärken. Populisten nutzen das technokratische Zerrbild, um das Schreckgespenst der Expertokratie zu beschwören, Technokraten das populistische, um Expertenaussagen der demokratischen Diskussion zu entziehen. Dabei zeigt gerade die Corona-Krise eine ganz andere Realität. Nirgends auf der Welt regieren Virologen, und noch nie haben Experten so reichen Einblick in ihre Forschungsdebatten gewährt. Wer nur will, sieht leicht, dass eine erfolgreiche Krisenpolitik zwingend auf Expertise angewiesen ist, sich aber nie auf Wissenschaft allein abstützen kann. Es gibt zu jedem Expertenrat vernünftige Alternativen, und es gibt stets Spielraum für eine informierte Diskussion.

Diesen Spielraum sichtbar zu machen, ist eine Kernaufgabe des Journalismus. Es muss aber ein Journalismus sein, der sich nicht als Sprachrohr der Wissenschaft versteht, sondern als Anwalt der aufgeklärten Öffentlichkeit. Dann kann Expertise zur Bereicherung für die Demokratie werden.

Caspar Hirschi ist Professor für Allgemeine Geschichte an der Universität St. Gallen.



Medienkritik

Auch Journalismus hat Grenzen



Felix E. Müller

Die Logik hinter der superprovisorischen Verfügung gegen die Publikation eines Textes ist simpel. Diese kann etwa angebracht sein, weil eine Klage erst nach Erscheinen des Textes einen entstandenen Schaden vielfach nicht mehr zu korrigieren vermag. Das leuchtet ein. Deswegen wird dieses Instrument immer wieder angewendet, vor Jahren etwa auch vom heutigen SVP-Nationalrat Thomas Matter gegen die «NZZ am Sonntag».

Die ehemalige grüne Zuger Kantonsrätin Jolanda Spiess-Hegglin handelte aus diesen Motiven, als sie superprovisorisch das Erscheinen eines Buchs unterband, das die Ereignisse an der Zuger Landammannfeier 2014 nochmals neu aufrollen wollte. Was damals an der Feier zwischen ihr und einem SVP-Kollegen genau passiert ist, ist ungeklärt. Weil der «Blick» sofort süffig über den Fall schrieb, verunmöglichte er, dass die Beteiligten die Sache diskret regeln konnten.

Nun hat das Zuger Kantonsgericht das Verbot zu einem definitiven gemacht. Das Buch dürfe nicht erscheinen, weil Spiess-Hegglin zu Recht eine schwere Verletzung ihrer Persönlichkeitsrechte fürchte. Vermutlich wird am Ende das Bundesgericht diesen Konflikt zwischen Persönlichkeitschutz und Meinungsfreiheit definitiv entscheiden müssen. Von einem singulären Fall lässt sich aber nicht sprechen. Eine kritische Monografie über die Berner Aristokratin Madame de Meuron endete beim NZZ-Buchverlag nach Klagen von Angehörigen einst im Reisswolf.

Ein Verbot eines Buchs ist aber nicht einfach Zensur. Auch Journalisten bewegen sich in einer Rechtsordnung, die sie in ihrer täglichen Arbeit zu respektieren haben. Sie müssen sich stets fragen, wie sich Kritik üben lässt, ohne die Persönlichkeit des Kritisierten zu verletzen. Gerichte in der Schweiz neigen dazu, den Persönlichkeitsschutz sehr wichtig zu nehmen. Das Publikum findet das richtig.

Felix E. Müller ist Senior Advisor des SEF und daneben publizistisch tätig.

51 Prozent

Schwere Zeiten für Käse und Schokolade



Nicole Althaus

Adele Adkins, die britische Sängerin, die weltweit schlicht unter ihrem Vornamen bekannt ist, hat einmal mehr die selbst ernannten Wächter von Moral und Anstand aufgeschreckt: Nicht mit ihrer Musik, nicht mit unangebrachten Taten oder Worten und auch nicht mit ihrem Gewicht, mit dem sie in der ersten Jahreshälfte die Anhängerschaft der Body-Positivity-Bewegung beleidigte, weil sie etliche Kilos verloren und so ihren eigenen - und damit auch alle anderen - fülligen Körper verraten haben soll. Dieses Mal war es ihre Frisur, welche die Grenzen der Toleranz sprengte.

Adele trug ihre Haare auf einem Bild bei Instagram zu sogenannten Bantu-Knots aufgedreht - einer afrikanischen Form von klei-

nen Dutts. Ausserdem trug sie ein Bikinioberteil in den Farben der jamaicanischen Flagge. Sie grüsste damit ihr «geliebtes London» und den traditionellen, karibisch gefärbten Notting Hill Carnival, der jeweils Ende August gefeiert wird, aber dieses Jahr wegen der Pandemie nicht stattfinden konnte. Doch der Hintergrund ihres Posts wurde ignoriert, schliesslich war und ist Kontext nie ein Kriterium für Sittenwächter mit ideologischen Scheuklappen: Adele, weiss, erfolgreich und neuerdings gar schlank, wurde also postwendend schuldig gesprochen. Das Verdikt: «transgressive Adoption» einer nicht weissen Hochsteckfrisur und Farbwahl, also kulturelle Aneignung ohne ausdrückliche Erlaubnis. Das ist eine der Todsünden in der heutigen identitätssensiblen Zeit.

Zwar ist die Frisurendebatte um Adele von geradezu haarsträubender Belanglosigkeit. Dennoch kann man den aggressiven und unerbittlichen Anklagemodus, die sogenannte *cancel culture* von *woken*, also besonders identitätsbewussten Menschen, nicht einfach als Erscheinung des Internets abtun. Das wäre zu gefährlich. Beunruhigend nämlich ist weniger die zwar idiotische, weil kon-

textblinde, Gleichsetzung einer Frisur mit rassistisch gesinnter Ignoranz oder der immer schneller wachsende Index missliebiger Worte, Bilder und Artefakte. Wirklich beunruhigend ist es, dass die modernen Moralwächter im Namen von Antirassismus und Identitätspolitik die Grundvoraussetzung für jene diverse Gesellschaft ausmerzen, die sie ja eigentlich anstreben: Meinungsvielfalt, Offenheit, Toleranz.

Der gemeinsame Nenner all dieser Eigenschaften heisst Empathie. Ohne Empathie ist das gleichberechtigte Zusammenleben von Menschen, egal welchen Geschlechts oder welcher Herkunft, nicht denkbar. Empathie aber bedeutet nichts anderes, als dass man sich in die Kleider, ja sogar in die Haut oder Zeit eines anderen Menschen hineinversetzt. Oder es zumindest versucht. Empathie ist letztlich das, was *woken* Menschen als Anmassung empfinden: das Einnehmen einer Perspektive jenseits der eigenen Identität und Realität. Empathie ist kein Ding der Unmöglichkeit und schon gar keine Zumutung. Es ist der Versuch, das Andere zu verstehen. Sie mag nicht immer glücken, aber erfolgreich kann Empathie dennoch sein. Sonst könnte



Identität ist ebenso wie Kultur - also etwa Kunst, Sprache oder Küche - keine feste Grösse und auch kein Eigentum.

der Mensch weder vermitteln, verhandeln, schlichten noch trösten und verzeihen.

Die für manche Menschen offenbar unbequeme Wahrheit lautet: Identität ist ebenso wie Kultur - also etwa Kunst, Sprache oder Küche - keine feste Grösse und auch kein Eigentum. Sie ist zwar gegeben, gleichzeitig aber flexibel und formbar. Zum guten Glück. Hätte der Mensch sich nämlich auf sein kulturelles Erbe beschränkt, etwa bei der Kleidung oder dem Benehmen, hätten die Frauen heute nirgendwo auf der Welt die Hosen an. Ohne Perspektivenwechsel, ohne Übernahme und Weiterentwicklung von Ideen aus anderen Kulturen gäbe es in der Schweiz weder Ski noch Schokolade, ja noch nicht einmal Käse. Ob sie bald *ganceled* werden? Selbst die direkte Demokratie, die wohl stärkste identitätsstiftende Eigenart der Schweiz, ist eine Adaption aus dem antiken Griechenland. Kulturelle Aneignung ist so alt wie die Menschheit selbst. Sie ist keine Zumutung, sondern nicht weniger als eine Voraussetzung von Kultur.

Nicole Althaus ist Chefredaktorin Magazine bei der «NZZ am Sonntag».